



Interpellation Nr. 120 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 4. November 2010

Salle Modulable: Fragen zur Zukunft des Projekts

Die Geldgeber für die Salle Modulable wollen sich zurückziehen. Die Stiftung dagegen zeigt sich zuversichtlich, die Mittel doch noch zu erhalten und das Projekt zu realisieren. Dies lässt viele Fragen offen. Auch der Stadtrat muss sich ihnen stellen, denn er ist ja in der Projektorganisation vertreten. Zudem hat das Stadtparlament im Frühling in Protokollbemerkungen niedergelegt, wie es den weiteren Weg sieht. Nur wenn völlige Transparenz besteht, können dereinst Konsequenzen aus den Vorfällen gezogen werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf.

Wir möchten erfahren:

1. Weiss der Stadtrat, wie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren, dem Trust als Geldgeber, der Rütli-Stiftung und den Initianten 2007 geregelt worden ist? Gibt es einen Letter of Intent, gibt es einen Vertrag, gibt es verbindliche Abmachungen, gibt es Auflagen, die zu erfüllen wären, bevor das Geld fliesst? Beispiele: Konzept für Gesamtfinanzierung, Ablaufplan, Betriebskonzept.
2. Warum ist das Geld nicht auf ein Sperrkonto einbezahlt worden, um es von dort abzurufen, wenn das Projekt die gewünschten Fortschritte gemacht hat?
3. Welche Rolle hat der Geldgeber Christoph Engelhorn gespielt? Hat er die Gabe angeregt, hat er sie verfügt, hat er seinen Willen rechtsverbindlich kundgetan? Und wenn er das getan haben sollte: Kann sich der Trust über diesen Willen hinwegsetzen? Wie sind die Zuständigkeiten in den Statuten des Trusts geregelt?
4. Haben die Geldgeber im Juni erklärt, dass sie aussteigen wollen, wenn bis im Oktober keine Machbarkeitsstudie vorliegt? Haben die Donatoren gewusst, dass die gewünschten Unterlagen erst Ende Jahr bereitstehen? Und gibt es dafür schriftliche Belege?
5. Ist dem Stadtrat bekannt, dass sich die Geldgeber bereits im Februar 2010 schriftlich zur Standortfrage geäussert haben, und zwar in dem Sinn, dass für sie nur ein Standort in Bahnhofnähe in Frage komme, nicht aber die Emmenweid und auch nicht das Lido? Das

Stadtparlament hätte in diesem Fall am 29. April 2010 ausführlich über Standorte diskutiert, ohne zu wissen, dass die Geldgeber bereits anders entschieden hatten.

6. Warum ist darüber an der Debatte im Stadtparlament nicht informiert worden? Das Parlament hat ja damals eine Protokollnotiz verabschiedet, die besagt, dass die Stadt aufzeigen solle, welche Rolle die Geldgeber bei der Salle Modulable spielen. Insbesondere seien die Mitbestimmungsrechte beim Architekturwettbewerb und bei der Standortwahl zu definieren.
7. Gibt es unterschiedliche Ansichten zwischen dem inzwischen verstorbenen Christoph Engelhorn und seinen Nachkommen, die zu diesem Meinungsumschwung geführt haben?
8. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, wie lange die Geldgeber die Planungsarbeiten noch bezahlen werden? Gibt es dazu eine rechtlich verbindliche Aussage? Und was geschieht mit der Geschäftsstelle, wenn die Zahlungen eingestellt werden?
9. Wofür sind die 5,75 Millionen Franken, die anscheinend bis jetzt ausgegeben worden sind, bezahlt worden? Die Standortanalyse und die Geschäftsstelle haben ja kaum derart viel Geld verschlungen.
10. Wie beurteilt der Stadtrat die Chancen bei einer juristischen Auseinandersetzung? Gibt es Dokumente, die belegen, dass die Ansprüche mit grosser Wahrscheinlichkeit durchgesetzt werden können? Wer bezahlt die Kosten, die den Initianten der „Salle Modulable“ dabei entstehen? Und nach welchem Recht wird ein solches Verfahren abgewickelt? Der Trust ist ja nicht in der Schweiz beheimatet.
11. Wie realistisch wird die weitere Planung, wenn die finanzielle Basis schon so umstritten ist? Eine juristische Auseinandersetzung könnte sich ja jahrelang dahinziehen.
12. Was geschieht mit der Machbarkeitsstudie, wenn sie Anfang nächstes Jahr vorliegt?

Albert Schwarzenbach
namens der CVP-Fraktion